

## Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
Einleitung.....	1
1. Begriffsbestimmungen.....	2
2. Die Daten.....	2
3. Hintergründe.....	5
4. Mögliche Ursachen für die unterschiedlichen Protestaktivitäten.....	6
4.1. Problemwahrnehmung (Deprivation).....	6
4.2. Erfolgswahrnehmungen.....	8
4.3. Skandalisierungsmuster und Mobilisierungsebene.....	8
4.4. Strukturelle Spannungen.....	10
5. Fazit.....	11
<i>Literaturverzeichnis</i> .....	12

### Verzeichnis der Abbildungen:

Abb.1: Anzahl der Golfkriegs-Proteste in Deutschland im Ost-West-Vergleich.....	3
Abb.2: Bevölkerungszahl und Protestanzahl im Vergleich.....	3
Abb.3: Prozentuale Verteilung der Protestthemen im Ost-West-Vergleich.....	4

## Einleitung

In einer repräsentativen Demokratie wie der Deutschen ist eine direkte politische Partizipationsmöglichkeit für die wenigsten Bürger gegeben. Daher haben sich mit der Zeit alternative Partizipationsmöglichkeiten herausgebildet. Eine davon ist der politische Protest. Er ist, soweit er gewissen Spielregeln folgt, zu einem Ausdruck der freiheitlichen Demokratie geworden, der sich auf das Recht der freien Meinungsäußerung stützt.

Nach dem Fall der Mauer zwischen den beiden deutschen Landesteilen konnten ein paar auffällige Unterschiede des Protestverhaltens in Ost- und Westdeutschland beobachtet werden. Diese liegen hauptsächlich bei der prozentualen Verteilung der Protestthemen. Ein deutliches Beispiel dafür sind die Friedensthemen und hier insbesondere die Golfkriegs-Problematik.

Das geht aus einer Untersuchung von Susann Burchardt hervor. Auf einige Daten ihrer Dissertation „Problemlagen, Unzufriedenheit und Mobilisierung – Unterschiede in den Proteststrukturen in Ost- und Westdeutschland in den Jahren 1990 – 1994“ baut diese Arbeit auf. Sie beschäftigt sich mit der Frage, warum die Mobilisierung gegen den Golfkrieg in Westdeutschland größer war als in Ostdeutschland.

Diese Frage ist interessant, wenn man sich allgemein mit kulturellen Unterschieden zwischen den beiden Landesteilen beschäftigt. Die Antwort darauf könnte auch einzelne Kausalzusammenhänge aufdecken, die bei der Beurteilung zukünftiger protestrelevanter Situationen hilfreich sein können.

Hier werden einige Ansätze zur Beantwortung der Frage aufgezeigt. Das Analysemodell der Entstehungs- und Stabilisierungsbedingungen sozialer Bewegungen von Friedhelm Neidhardt und Dieter Rucht dient dafür als theoretischer Rahmen. Die dort aufgeführten Bedingungen werden auf mögliche, für die Beantwortung der Frage relevante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland untersucht.

## **1. Begriffsbestimmungen**

Wenn ein Kind sich nicht artig benimmt, dann nennt man das in der Alltagssprache mitunter schon Protest. Dann nämlich wenn das Verhalten Ausdruck des Mißmutes gegenüber einer Handlungsweise der Eltern ist. Allgemein bedeutet der Begriff „Protest“ nichts anderes als eine „Mißfallensbekundung“ (Meyer, 1996: 2732). Im Zusammenhang dieser Hausarbeit wird der Begriff im Sinne eines politischen Protestes verwendet. Es handelt sich dabei um eine öffentliche Mißfallensbekundung über Handlungen der politischen Machthaber. „Öffentlich“ meint hier ganz konkret, daß die Aktionen in den überregionalen Teilen der Zeitungen „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und „Süddeutsche Zeitung“ aufgegriffen wurden. Denn in der Studie, aus welcher die verwendeten Daten stammen (s. Burchardt, 1999), wurde die Berichterstattung dieser Zeitungen erfasst. Eine Aktion mußte von mindestens drei Personen durchgeführt werden, um als Protest gewertet zu werden.

Es wird hier davon ausgegangen, daß die Golfkriegs-Proteste größtenteils von der Friedensbewegung ausgingen. Außerdem schließen die Bedingungen für soziale Bewegungen die Bedingungen für Protest mit ein. Daher wird ein Analysemodell der Entstehungs- und Stabilisierungsbedingungen sozialer Bewegungen als theoretischer Rahmen verwendet. Es gilt hier folgende Definition: „Eine soziale Bewegung ist ein auf gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mit Mitteln des Protests [...] herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen.“ (Rucht, 1994: 76f.)

## **2. Die Daten**

Die Daten<sup>1</sup>, die hier nun vorgestellt werden, beziehen sich auf die Jahre 1989 bis 1994. Wenn man die quantitativen Unterschiede der stattgefundenen Proteste aller Themen in Ost- und Westdeutschland betrachtet, so fällt einem sofort ins Auge, daß in Ostdeutschland kaum halb so viele Proteste wie in Westdeutschland stattfanden (Ost: 1024; West: 2249). Bedenkt man aber, daß in den Neuen Bundesländern nur etwa 18,5 % der Bundesdeutschen leben, dann kehrt sich das Verhältnis fast um.

---

<sup>1</sup> wann immer hier auf Daten ohne nähere Erläuterung Bezug genommen wird, handelt es sich um Daten aus dem Manuskript der Dissertation von Susann Burchardt „Problemlagen, Unzufriedenheit und Mobilisierung – Unterschiede in den Proteststrukturen in Ost- und Westdeutschland in den Jahren 1990-1994“, 1999

Was aber bedeutender als diese quantitativen Unterschiede erscheint, ist die prozentuale Verteilung der Protestthemen (s. Abb. 3). Besonders markante Unterschiede liegen in zwei Rubriken: Während sich in den Neuen Bundesländern nur 4,3% der Protestaktionen mit Friedensthemen beschäftigten, waren es in den Alten Ländern 12,2%. Noch gravierender sind die Unterschiede bei der Deutschen/Europäischen Frage. Im Westen des Landes mit 1,5% kaum vertreten, nimmt sie im Osten 13,1% ein.

Zahlenmäßig auch bemerkenswert sind die Unterschiede bei den ideologischen Grundsatzfragen. Dies scheint aber kaum erstaunlich, wenn man bedenkt, daß in den Neuen Bundesländern eine Ideologie, die über Jahrzehnte verbreitet wurde, mit der Wende gescheitert ist.

Unter den Friedensthemen nehmen die Golfkriegs-Protteste mit 39,8 % mit Abstand den größten Stellenwert ein. Hier überwiegt die Anzahl der im Westen stattgefundenen Protestaktionen deutlich (s. Abb.1). Auch wenn man die verschiedenen Bevölkerungszahlen mit einbezieht, ist der Unterschied noch bemerkenswert, aber nicht mehr so gravierend (s. Abb.2).

Abb.1: Anzahl der Golfkriegs-Protteste in Deutschland im Ost-West-Vergleich

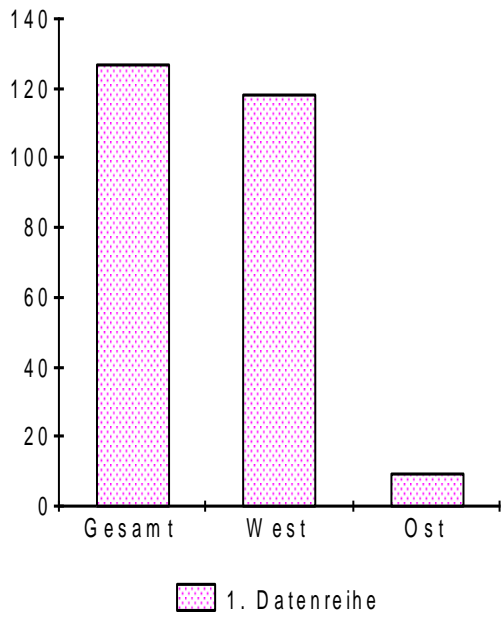
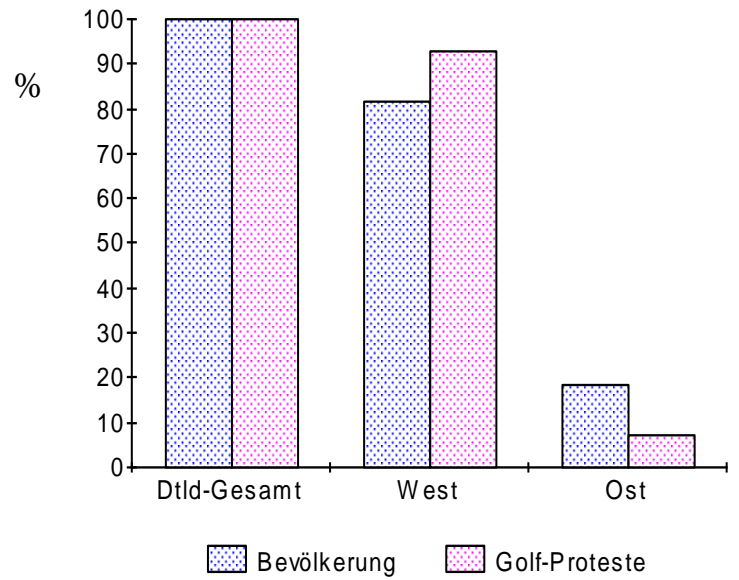
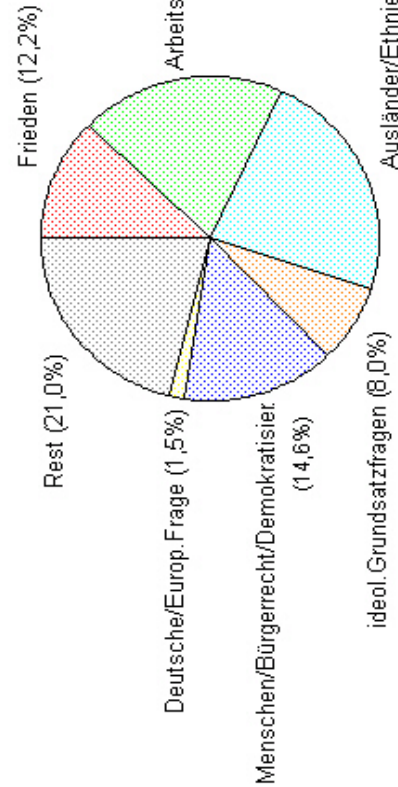


Abb.2: Bevölkerungszahl und Protestanzahl im Vergleich



### Protest West



### Protest Ost

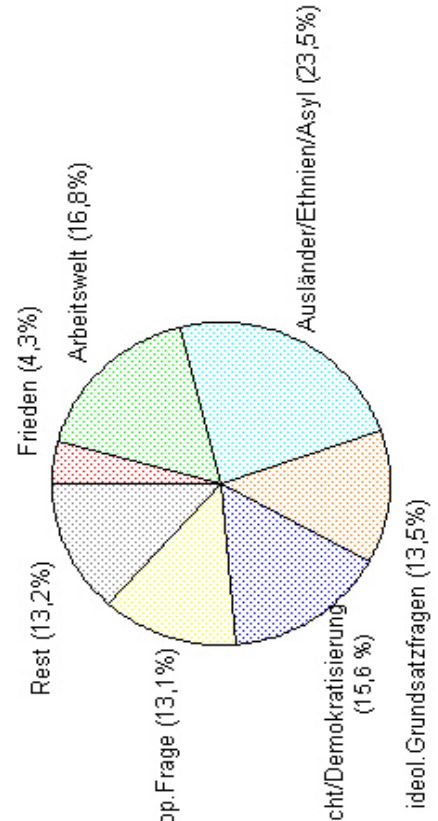


Abb.3: prozentuale Verteilung der Protestthemen im Ost-West-Vergleich zwischen 1989 und 1994

### 3. Hintergründe

Wenn man die unterschiedlich starke Mobilisierung in Ost- und Westdeutschland ergründen möchte, dann stellt sich unter anderem die Frage nach der Motivation. Um später auf diese eingehen zu können, sollen hier zwei Fragen, die sich dazu stellen, geklärt werden:

- 1, Warum wurde gegen den Irak militärisch vorgegangen?
- 2, Wie sah die deutsche Beteiligung dabei aus?

Zu 1.: Die Frage nach dem Grund für den Krieg sprengt den Rahmen dieser Hausarbeit. Es sollen deshalb nur kurz die historischen Ereignisse dargestellt werden, die direkt zu dem Krieg führten:

Schon lange hatte der Irak Ansprüche auf Kuwait oder wenigstens bestimmte strategische Positionen gestellt. Diese Ansprüche nährten sich aus der Zeit vor der britischen Kolonialherrschaft, in der das Gebiet Kuwaits noch zu der osmanischen Provinz Basra gehörte – und damit laut irakischer Argumentation einen Teil dessen darstellt, was heute der Irak ist. Nach dem Krieg gegen den Iran steckte der Irak in finanziellen Schwierigkeiten. Der Versuch, finanzielle Hilfe von anderen arabischen Staaten oder die Macht über bestimmte Posten in Kuwait zu bekommen, scheiterte.

1990 beschuldigte die irakische Regierung die Kuwaitis, sie hätten Öl vom Irak gestohlen. Daraufhin überquerten irakische Truppen am 2. August 1990 die Grenze zu Kuwait und annektierten es am 8. August, nachdem sie es unter Kontrolle gebracht hatten. (vgl. Korbani, 1995: 76f. und Salinger, 1991: 17ff)

Viele Staaten traten für die Befreiung Kuwaits ein. Auf die Aufforderungen an den Irak, sich aus Kuwait zurückzuziehen, folgten ein Embargo und schließlich nach einem Ultimatum der militärische Schlag. Dieser wurde von den USA angeführt. Die anderen NATO-Länder und einige weitere Länder unterstützten die USA dabei (vgl. BBC, 1991: 1-169). Die UNO-Resolution, die mittels des Ultimatums zu den Angriffen führte, wird als sehr umstritten erachtet. (vgl. Ruf, 1991: 75)

Zu 2.: Die deutsche Beteiligung am Golfkrieg umfaßte in erster Linie finanzielle Unterstützung. Außerdem gab es Munitionslieferungen und Stationierungen von Gerätschaft und auch Truppen in der Türkei. Deutsches Militär war nicht direkt an den Kampfhandlungen beteiligt. (vgl. BBC, 1991: 423)

#### 4. Mögliche Ursachen für die unterschiedlichen Protestaktivitäten

Um Gründe für die in Kapitel 2 dargestellten Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland in Bezug auf die Golfkriegs-Proteste zu finden, soll folgendes Schema als theoretischer Rahmen dienen:

##### **Analytisches Modell der Entstehungs- und Stabilisierungsbedingungen sozialer Bewegungen nach Neidhardt und Rucht (vgl. Neidhardt/Rucht, 1993: 307)**

	Individuelle Ebene	kollektive Ebene	Struktur-ebene
Problema- tisierung	Deprivation	Skandalisierungs- muster	strukturelle Spannung
Mobilisierung	Gemeinschafts- Gefühle	Ingroup/Outgroup Konzepte	Mobilisierungs- strukturen
Stabilisierung	Erfolgswahr- nehmungen	Strategie- programme	gesellschaftliche Gelegenheits- strukturen

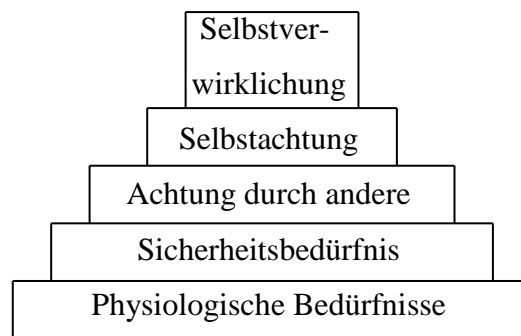
Hier werden die Bedingungen für die Problematisierung, Mobilisierung und Stabilisierung auf der individuellen, kollektiven und Strukturebene aufgeführt. Von ihnen werden diejenigen, die von Bedeutung für die hier zu untersuchenden Unterschiede erscheinen, im folgenden nacheinander aber nicht streng nach der Reihenfolge, sondern wie es sinnvoll erscheint, diskutiert.

#### **4.1 Problemwahrnehmung (Deprivation)**

Die erste und wichtigste Voraussetzung für die Entstehung einer sozialen Bewegung ist immer die Problemwahrnehmung der einzelnen Personen (vgl. Neidhardt/Rucht, 1993:307). Hier scheint ein wesentlicher Grund für die unterschiedliche Mobilisierung gegen den Golfkrieg in Ost- und Westdeutschland vorzuliegen. Ganz banal ausgedrückt, läßt sich vermuten, daß die Ostdeutschen so kurz nach der Wende mit ihren eigenen Problemen zu kämpfen hatten, hingegen der Krieg weit weg war. Mit den „eigenen Problemen“ ist in erster



Linie der wirtschaftliche Zusammenbruch in den Neuen Ländern gemeint. Viele Menschen verloren ihren Arbeitsplatz, noch viele mehr mussten zumindest darum bangen. Dazu kommt, daß die soziale Versorgung durch den Staat als weniger umfassend empfunden wurde als in der DDR. Es bildete sich eine soziale Unsicherheit heraus (vgl. Reißig, 1993: 23, 31f; vgl. Helwig, 1992: 30) Im Westen dagegen entstanden durch die Wende keine großen Veränderungen. Es läßt sich also vermuten, daß diese Probleme der Ostdeutschen das Problem des Krieges, der weit weg geführt wurde und an dem keine Soldaten des eigenen Landes direkt beteiligt waren, verdrängten. Diese These wird gestützt durch die Maslowsche Bedürfnishierarchie (vgl. Wagner, 1999: 146):



Zwar wird in diesem Modell nicht direkt Bezug auf Protest oder soziale Bewegungen genommen, aber es stellt doch dar, daß als erstes bestimmte Grundbedürfnisse befriedigt werden müssen, bevor sich eine Person zum Beispiel mit der Selbstverwirklichung beschäftigt. Sich für völlig fremde Menschen einzusetzen, denen man niemals persönlich begegnet ist, muß, davon wird hier ausgegangen, mindestens dieselben Voraussetzungen wie die Selbstverwirklichung haben. Mit der entstandenen sozialen Unsicherheit in Ostdeutschland fehlt bereits die zweite Stufe dieser Voraussetzungen, die Erfüllung des Sicherheitsbedürfnisses.

Zudem war die Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht etwa eine Synthese zweier Systeme, sondern eher eine Übernahme Ostdeutschlands durch westdeutsche Strukturen (vgl. Reißig, 1993: 25) Das legt nahe, daß in Ostdeutschland die Identifikation mit der bundesdeutschen Regierung so kurz nach der Wende noch wenig ausgebildet war. Mit anderen Worten, auch dies spricht dafür, daß die Menschen in Ostdeutschland sich von dem Golfkrieg nicht so stark berührt fühlten wie in Westdeutschland, wo man sich eher bewußt war, daß die eigene Regierung diesen Krieg tatkräftig unterstützte.

## **4.2 Erfolgswahrnehmungen**

Mit Erfolgswahrnehmungen ist hier die „Wahrnehmung von Erfolgsaussichten kollektiver Akteure“ (Neidhardt/Rucht, 1993:307) gemeint.

Auf den ersten Blick fällt ins Auge, daß die Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR in dieser Hinsicht jahrzehntelang unterschiedlich geprägt wurden. Während sich Protest in der BRD zu einem selbstverständlichen Teil des demokratischen Geschehens entwickelte (vgl. Berghahn, 1995: 343), war er in der DDR nicht nur unüblich, sondern auch mit persönlichen Gefahren behaftet.

Dieses Argument wird bei genauerem Hinsehen geschwächt. Dann nämlich wenn man bedenkt, daß Protest insgesamt – wenn man ihn in Relation zu der Bevölkerungszahl betrachtet – gerade in Ostdeutschland zwischen 1989 und 1994 mehr stattfand als in Westdeutschland.

Allerdings gewinnt das Argument wieder an Gewicht, wenn man bedenkt, daß es in der DDR aufgrund des Unterdrückungsapparates zu wenigen Themen Protestversuche gegeben hatte (vgl. Schroeder, 1992: 298), daß also in vielen Bereichen gar keine schlechten Erfahrungen gemacht werden konnten – im Gegensatz zu den Friedensthemen, wo schon das Tragen von „Schwerter zu Pflugscharen“-Aufnähern zu Konflikten mit der Staatsgewalt führte. Zwar waren auch gerade mit Themen wie Menschen- und Bürgerrechte sowie Demokratisierung, die zwischen 1989 und 1994 in den Neuen Ländern sogar häufiger vertreten waren als in den Alten, schlechte Erfahrungen gemacht worden. Aber diese schlechten Erfahrungen konnten durch die Erfolge der Aktionen, die kurz vor der Wende stattfanden, sicherlich relativiert werden.

## **4.3 Skandalisierungsmuster und Mobilisierungsebene**

Als erstes sollen hier kurz die Begriffe Skandalisierungsmuster und Mobilisierungsebene erläutert werden, um dann auf die damit verbundenen möglichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland einzugehen.

Wenn die Bedingungen auf der individuellen Ebene erfüllt sind, so muß dieses Bewegungspotential auf die kollektive Ebene angehoben werden. Dazu dürfen die Probleme nicht mehr als alleine wahrgenommen empfunden werden, sondern es muß eine gewisses

Gemeinschaftsgefühl bestehen (Mobilisierungsebene). Das Problem muß dann politisiert werden, also dem politischen System muß die Verantwortung zugeschrieben werden. Auch muß das Problem als besonders wichtig empfunden werden und es muß ein „ziemlich einheitliches und schlüssiges Vorstellungsschema von der problematischen Situation“ (Schmitt, 1990: 59) vorherrschen (Skandalisierungsmuster). Auf diese Basis können dann Ingroup/Outgroup- Konzepte aufbauen. D.h. daß ein Gruppengefühl entsteht und auch eine Gruppenstruktur, gekennzeichnet durch Arbeitsteilung innerhalb der Gruppe und ein Anerkennen von Führungspersonen. (der gesamte Abschnitt vgl. Schmitt 1990: 59f.; Neidhardt/Rucht 1993: 308f.)

Um diese Schritte zu verwirklichen, werden Bewegungsunternehmer benötigt. Sie stellen die Skandalisierungsmuster, verbreiten diese und stellen für die Beteiligten gemeinsame Bezugspunkte dar. Sie müssen Führungspersönlichkeiten sein, die günstiger Weise unter den potentiellen Bewegungsteilnehmern bereits ein gewisses Maß an Ansehen besitzen. Sie benötigen auch Medien, über die sie Menschen erreichen. Damit sind weniger die großen Medien wie Fernsehen und Zeitungen gemeint als vielmehr vorhandene Netzwerke zwischen Individuen und Gruppen mit ähnlichen Einstellungen. Die Netzwerke sind auch wieder maßgeblich für das Zusammengehörigkeitsgefühl.

Hieraus ergibt sich also, daß weitere mögliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland auch bei Führungspersönlichkeiten und Netzwerken zu suchen sind.

Da in der DDR eine Mobilisierung gegen den Staat kaum möglich war, konnten potentielle Bewegungsunternehmer ihre Fähigkeiten nur in geringem Maße entdecken und entwickeln. Zudem versuchten Bürger, die mit dem System unzufrieden waren, häufig das Land zu verlassen, bzw. wurden dazu gezwungen (vgl. Greiffenhagen, 1993; 38).

Wenn also die Menschen, die sich gegen den Staat wanten, unterdrückt wurden, so folgt daraus, daß sich auch Netzwerke zwischen diesen Menschen nur schwer aufbauen konnten. In Westdeutschland dagegen konnten sich Bewegungsunternehmer und Netzwerke über Jahrzehnte frei entwickeln.

Auch hier wundert man sich dann natürlich, warum bei anderen Protestthemen dennoch in Ostdeutschland eine stärkere Mobilisierung als in Westdeutschland möglich war. Die Argumentation aus dem Abschnitt 4.2. scheint hier nicht zu greifen. Es ist also fraglich,

inwieweit die Unterschiede bei den Bewegungsunternehmern und Netzwerken bei der unterschiedlich starken Mobilisierung eine Rolle gespielt haben könnten.

#### **4.4 Strukturelle Spannungen**

Nach dem Demokratieverständnis, das sich in der BRD über Jahrzehnte herausgebildet hatte, ist die Regierung die Vertretung des Volkes. Im Fall des Golfkrieges fühlten sich die Protestteilnehmer von ihrer Regierung übergangen. Sie wollten nicht hinnehmen, daß dieser Krieg in ihrem Namen unterstützt wird. Es entstand eine Spannung zwischen der Staatsspitze und einem Teil der Bürger.

In der DDR dagegen, so erläutern Sylvia und Martin Greiffenhagen, hatte sich nach dem 2. Weltkrieg der traditionelle Dualismus zwischen Staat und Bürgertum fortgesetzt „Dem harten Zugriff von Partei und Staat entzog man sich in [...] [das] innerliche Reich und ließ beidem sein Recht. Am Staat schätzte man seine Schutz- und Ordnungsfunktion, an den Gemeinschaftsaktivitäten Wärme und Gemütlichkeit" (Greiffenhagen, 1993;35). Zudem war in Ostdeutschland die Identifikation mit der Bundesregierung, wie schon oben erwähnt, vermutlich noch nicht sehr ausgeprägt.

So ist es ein möglicher Grund für die unterschiedliche Mobilisierung, daß diese strukturelle Spannung in Ostdeutschland kaum vorhanden war. Dieses Argument kommt dann zum Tragen, wenn man es im Zusammenhang mit der Problemwahrnehmung betrachtet. So wird dieser Dualismus bzw. die mangelnde Identifikation mit der Regierung durch Probleme, die einen Menschen direkter betreffen, sicher eher überwunden als durch eben diesen Krieg.

## 5. Fazit

Auf den vorigen Seiten habe ich einige mögliche Gründe für die unterschiedlich starke Mobilisierung gegen den Golfkrieg in Ost- und Westdeutschland vorgestellt.

Um diese möglichen Gründe zu finden, habe ich das Analysemodell von Neidhardt und Rucht verwendet und die dort aufgeführten Bedingungen für die Entstehung und Stabilisierung von sozialen Bewegungen untersucht. Sekundärliteratur zu diesem Thema gibt es kaum und so sind hier hauptsächlich eigene Ideen entwickelt worden, die als Ansätze für weitere Untersuchungen verwendet werden könnten.

Die Hauptursache für die unterschiedliche Mobilisierung sehe ich in der Problemwahrnehmung, da in Ostdeutschland durch die Wende viele Probleme aktuell waren, die den Menschen näher gingen als der weit entfernte Krieg.

Auch die Identifikation mit der Bundesregierung, die für die Ostdeutschen wahrscheinlich noch nicht in dem selben Ausmaß wie in Westdeutschland gegeben war, kann eine Rolle gespielt haben, ebenso wie das über Jahrzehnte unterschiedlich entwickelte Demokratieverständnis.

Des weiteren scheinen Führungspersönlichkeiten und Netzwerke auf den ersten Blick einen wichtigen Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland darzustellen. In diesem Punkt ließ sich aber keine mögliche Erklärung dafür finden, daß die Mobilisierung für andere Protestthemen in Ostdeutschland verhältnismäßig stärker als in Westdeutschland war, obwohl für sie großenteils in dieser Hinsicht keine besseren Ausgangsbedingungen bestanden. Vielleicht könnte dies durch eingehendere Untersuchungen geklärt werden.

## Literaturverzeichnis

*BBC World Service 1991*, Gulf Crises Chronology,

Harlow: Longman Group UK Limited, 1991

*Berghahn, Sabine*, Die Wende in der Definition von Gewalt: Friedliche Sitzblockaden sind keine strafbare Nötigung, in: *Gegenwartskunde* 3/1995,

Opladen: Leske + Budrich

*Burchardt, Susann*, Problemlagen, Unzufriedenheit und Mobilisierung – Unterschiede in den Proteststrukturen in Ost- und Westdeutschland in den Jahren 1990-1994,

Manuskript der Dissertation, 1999

*Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia*, Eine Nation: Zwei politische Kulturen, in:

*Weidenfeld, Werner (Hrsg.)*, Deutschland Eine Nation – doppelte Geschichte,

Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, 1993

*Helwig, Gisela*, Soziale Sicherheit, in: *Deutschland Archiv* 1992,

Köln: Verlag Wissenschaft und Politik

*Korbani, Agnes*, *The Political Dictionary of Modern Middle East*,

Lanham/New York/London: University Press of America, Inc., 1995

*Meyers Lexikonredaktion (Hrsg.)*, *Meyers Taschenbuchlexikon*,

Augsburg: Weltbild Verlag 1999

*Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter*, Auf dem Weg in die Bewegungsgesellschaft? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen, in: *Soziale Welt* 44/1993

*Reißig, Rolf*, Transformationsprozess Ostdeutschlands – Entwicklungsstand – Konflikte - Perspektiven, in: *Reißig, Rolf (Hrsg.)*, Rückweg in die Zukunft, Über den schwierigen Transformationsprozeß der Ostdeutschen,

Frankfurt a.M./NewYork: Campus Verlag 1993

*Rucht, Dieter*, Modernisierung und neue soziale Bewegungen,

Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag, 1994

*Ruf, Werner*, Golfkrieg im Auftrag der UNO?, in: *Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg. und Verleger)*, Hatte die Friedensbewegung nicht doch recht?,

Sensbachtal: 1991

*Salinger, Pierre*, Der Weg zum Krieg am Golf, in: *Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg. und Verleger)*, Hatte die Friedensbewegung nicht doch recht?,

Sensbachtal: 1991

*Schmitt, Rüdiger*, Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland,

Opladen: Westdeutscher Verlag 1990

*Schroeder, Klaus*, Die blockierte Vereinigung, in: *Gegenwartskunde* 3/1992,

Opladen: Leske + Budrich

*Wagner, Dieter*, Skript zur Vorlesung „Organisation und Personalwesen 1“,

Universität Potsdam: Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre 1999